

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

vergangenen Mittwoch bis Freitag ist das Oktoberplenar zusammengelassen. Mit der von uns eingebrachten Verankerung des Klimaschutzes in die nds. Verfassung und unserem Klimagesetz zeigen wir als SPD in Niedersachsen Handlungsfähigkeit in puncto Klimawandel. Ergänzend dazu werden wir

auch noch ein Klimaschutzprogramm auf den Weg bringen, dass unsere Vorhaben mit konkreten Maßnahmen und Mitteln untermauert wird. Ich möchte diese Ausgabe dazu nutzen, intensiv über das Klimagesetz sowie unseren Antrag zum verstärkten Schutz der Wildbienen zu berichten, da diese Themen derzeit von

zentraler Bedeutung sind. **Zum Antrag der Grünen, das sogenannte Grüne Band zu vollenden, habe ich eine Rede gehalten, die ich allen Interessierten hier als Anhang zur Lektüre anbiete.**

Ihr 



## Nds. Klimagesetz

Wie in der letzten Ausgabe bereits angekündigt, haben wir dieses Plenum unseren Entwurf eines Nds. Klimagesetzes in die erste Beratung eingebracht und haben vorgeschlagen den Artikel 6 c „Klimaschutz und Klimaanpassung“ mit nachfolgendem Wortlaut in unsere Nds. Verfassung aufzunehmen: „In Verantwortung auch für die künftigen Generationen schützt das Land das Klima und mindert die Folgen des Klimawandels.“ Die Ergänzung um diese Staatszielbestimmung zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung verpflichtet uns im Landtag als Landesgesetzgeber, aber auch die Exekutive und die Judikative, bei all unseren Entscheidungen dazu, einen verbindlichen Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels zu leisten und sich auf die Folgen des Klimawandels einzustellen. Das ist gerade für ein Land wie Niedersachsen wichtig, dass deutschlandweit führend in der Windenergie ist und zeitgleich am meisten Erdgas und Erdöl fördert, sowie ein Industrie- und bedeutender Agrarstandort ist, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Das Klimagesetz mit seinen 13 Paragraphen definiert ergänzend dazu Ziele und Grundsätze und legt Instrumente zur Erarbeitung und Überprüfung von entsprechenden Schutzmaßnahmen fest, damit wir in Niedersachsen einen angemessenen und wirksamen Beitrag zur Reduzierung der global zusammenwirkenden Treibhausgase leisten können. In § 4 haben wir die zentralen Ziele festgehalten: Dem heutigen Stand der Wissenschaft und den Pariser Vereinbarungen entsprechend wollen wir die Gesamtsumme der jährlichen Treibhausgasemissionen in Niedersachsen bis 2030 um 55 % und bis 2050 um 80 bis 95 % im Vergleich zum

Jahr 1990 reduzieren und die Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Damit wir das schaffen, wollen wir beispielsweise die Landes- und Kommunalverwaltung klimaneutral umgestalten und die Waldflächen als Kohlenstoffspeicher mehren sowie die Produktion und Verwendung langlebiger Holzprodukte vorantreiben. Ebenso haben wir uns Ziele zur Umsetzung einer klimaschonenden Mobilität gesetzt. Z.B. werden wir bis 2035 stufenweise nur noch klimaschonende Fahrzeuge und Antriebe im öffentlichen Personennahverkehr fördern. Auch die landeseigenen Fahrzeuge sollen schrittweise immer klimaschonender werden. Zur dauerhaften Untersuchung, Bewertung und Dokumentation des Klimawandels wird das Umweltministerium ein Klimakompetenzzentrum unterhalten. Damit es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, haben wir in § 12 festgehalten, dass das Erreichen der Ziele und die Instrumente durch zu erstellende Berichte regelmäßig überprüft werden und der Umsetzungsstand mitgeteilt wird. Durch die Festsetzung dieser und weiterer Ziele im Gesetz erhöhen wir die Transparenz unserer Klimaschutzpolitik und schaffen mehr Rechts- und Planungssicherheit sowie Berechenbarkeit für alle Beteiligten. Ein Blick in das Gesetz lohnt sich! Es wird fortan den rechtlichen Rahmen für die Klimapolitik unseres Landes bilden und zeigt, dass bei uns ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichwertig nebeneinander stehen sollen. Das hat auch Auswirkungen auf die Kommunalpolitik vor Ort. Der vollständige Gesetzentwurf ist einzusehen unter:

[https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen\\_18\\_05000/04501-05000/18-04839.pdf](https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_18_05000/04501-05000/18-04839.pdf)

## Schutz der Wildbienen verstärken

Vor dem Hintergrund des voranschreitenden Rückgangs der Insektenpopulation haben wir am Donnerstag abschließend über unseren Entschließungsantrag zur Stärkung des Schutzes von Wildbienen beraten und sechs Maßnahmen beschlossen. Unter anderem wollen wir herausarbeiten, wie unsere bestehenden Blühstreifen- und Agrarumweltprogramme optimiert werden können und werden prüfen lassen, inwiefern ein späterer Aussaattermin insbesondere bei der Erstaussaat für Blühstreifen den Nutzen der Programme sowie die Attraktivität für die Landwirte steigern kann. Darüber hinaus haben wir beschlossen auf eine Reduzierung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln im Privatgebrauch hinzuwirken und in Zusammenarbeit mit den Kommunen noch stärker auf die negativen Auswirkungen von Schottergärten hinzuweisen und im gleichen Zuge für die Anpflanzung von Bienennährpflanzen zu werben. Wir alle müssen unsere Mitmenschen stärker darüber aufklären, dass 15% der deutschen Vorgärten bereits versiegelt sind und sich Schotter-, Splitt- und Kiesbeete insbesondere an warmen Tagen auch noch stark aufheizen und zu Hitzestaus führen. Gemeinsam mit den Landwirten und Gartenbesitzern müssen wir wieder mehr Nahrungsangebote und Nistplätze für Wildbienen und andere Insekten schaffen. Einen Beitrag dazu müssen auch kleinräumige Verbundstrukturen an Wege- und Gewässerrändern sowie die bewusste Gestaltung von öffentlichen und privaten Grünflächen leisten. In pflegeleichten und wohnzimmerähnlichen Gärten haben Wildbienen und andere Insekten keine Zukunft!

## **Meine Rede vom 25. Oktober 2019 zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „30 Jahre Ende der Teilung Europas – Grenzen trennen. Natur verbindet. Grünes Band endlich vollenden.“**

„Sehr geehrte Damen und Herren,

30 Jahre Ende der Teilung Europas – Grenzen trennen. Natur verbindet. Grünes Band endlich vollenden. Das ist eine schöne Überschrift für einen Antrag im Herbst 2019 30 Jahre nach dem Mauerfall. Es ist auch der richtige Augenblick, zurückzuschauen und der damaligen Ereignisse zu gedenken.

Die in dem Antrag aufgestellten vier Forderungen allerdings, werden größtenteils schon jetzt erfüllt. Zu dieser Auffassung kann man kommen, wenn man sich die Antworten auf eine entsprechende Anfrage der Abgeordneten Christian Meyer, Julia Willie Hamburg und Imke Byl vom 8. August diesen Jahres anschaut.

Ob es dennoch Handlungsbedarf gibt, werden wir dann im Ausschuss klären. Eines muss ich hier aber noch richtig stellen: Wir haben am 25. September 2013 nicht, wie in der Begründung Ihres Antrages beschrieben, das Naturschutzgroßprojekt „Grünes Band Eichsfeld-Werratal beschlossen. Vielmehr haben wir seinerzeit einen Antrag der FDP abgelehnt. In diesem Antrag wurde gefordert, das Projekt nur dann zu unterstützen wenn die Zustimmung der Betroffenen gegeben sei. Hätten wir dem zugestimmt, wäre das Grüne Band, aufgrund des Vetorechtes der Betroffenen, löchrig wie ein Schweizer Käse.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90 / Die Grünen, viel interessanter ist die politische Dimension Ihres Antrages. Wie in Ihrem Antrag beschrieben, muss das Grüne Band auch als Zeichen der friedlichen Revolution für die Deutsche Einheit erhalten bleiben. Ja, es erinnert an die Konflikte zwischen Ost- und West. Es ist letztendlich auch das Ergebnis des Kniefalls von Warschau am 7. Dezember 1970. Das Grüne Band zu erhalten und weiterzuentwickeln kann und muss deshalb für uns alle, nicht nur aus Sicht des Naturschutzes, eine Herzensangelegenheit sein. Hier wurde seinerzeit eine einmalige Chance genutzt. Es ist mit ca. 1400 Kilometern Länge der längste Biotopverbund von Nord nach Süd durch die Bundesrepublik Deutschland. Die Flächen beherbergen zwischenzeitlich, allein auf Niedersächsischen Gebiet, ca. 340 Arten, die auf der Roten Liste stehen. Die Natur hat dieses Angebot dankend angenommen.

Und was ist mit den Menschen? Für die Menschen in Ost und West ging ein Jahrzehnte alter Traum in Erfüllung. Der Fall der innerdeutschen Grenze. Zur Wahrheit gehört aber auch: Es gab Wünsche, Träume aber auch Begehrlichkeiten. Einige, vor allem in Ostdeutschland haben mehr, vielleicht haben sie auch zu viel erwartet. Bei ihnen ist dann irgendwann eine gewisse Ernüchterung und Enttäuschung eingetreten. Sie fühlen sich zweifellos als Verlierer. Und, sie werden jetzt von politischen Phrasendreschern verführt. Das macht sich bei den Wahlen bemerkbar. Die Ergebnisse sitzen in unseren Parlamenten auf der rechten Seite des Saales. Was das bedeutet, haben wir in dieser Woche wieder ausführlich zu spüren bekommen. Aber ganz ehrlich, das muss und wird eine parlamentarische Demokratie aushalten.

Meine Damen und Herren, letztendlich ist das Grüne Band nicht nur ein Gewinn für Mensch und Natur sondern kann auch als Vorbild gesehen werden. Ich würde mir wünschen, dass die gesamte Weltbevölkerung sich ein Beispiel daran nehmen würde. Wir haben weltweit unzählige Gebiete, die durch Kriegshandlungen zerstört wurden. Wenn wir sie offensichtlich nicht brauchen, können wir sie ja der Natur überlassen. Die kann damit umgehen, das Grüne Band beweist das. Die Gelder für nicht benötigte Waffen könnten wir dann für den Klimaschutz und soziale Belange ausgeben. Meine Damen und Herren, ich bin mir allerdings bewusst, dass wird ein Traum bleiben. Anders als die Natur, ist der Mensch dazu nicht fähig, weil sein Egoismus, seine Macht- und Raffgier und vieles andere dem entgegen stehen. Aber, es gilt das Sprichwort, die Hoffnung stirbt zuletzt.

In diesem Sinne, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Die Rede ist auch als Videobeitrag des NDR auf der Webseite des Nds. Landtages zu finden. Dazu muss man auf der Startseite ([www.landtag-niedersachsen.de](http://www.landtag-niedersachsen.de)) einfach in die rechte Spalte „Schnelleinstieg“ und dort auf „PlenarTV“ gehen. Dort ist das Video dann unter dem 25. Oktober 2019 bei TOP-Nr. 37 zu sehen. Über das kleine Playsymbol neben meinem Namen kann man direkt zu meinem Redebeitrag zu dem Tagesordnungspunkt springen.